

Berichterstatter:
Redaktion 21366 — Geschäftsstelle 15018
Postleitzettel: Dresden Str. 14797

Sächsische Volkszeitung

Montag, 4. April 1921

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden • U. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Wochentl. frei Haus Ausgabe A mit illustrierten Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
einfachlich Poststellenabzug

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Schreckschau der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorab.

Anzeigen: Annahme von Werbungsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorab. — Preis für die Zeitungsseite 1.40 M., im Beilagsseit 0.50 M., Familienanzeigen 1.80 M. — Alle unbedeutend geschriebene, sowie durch Berichterstatter aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Die Nöte der evangelischen Kirche

Der Zentralumschlags-Parlaments-Korrespondenz wird von einem evangelischen Mitarbeiter folgendes geschrieben:

Das Zentrum hat bis in die längste Gegenwart hinein beschieden, dass es durchaus den Willen hat, sich auch für die Existenz der evangelischen Kirche einzusehen. Selbstverständlich kann das nur auf rein rechtlichem und finanziellem Gebiete geschehen. Ohne Zweifel ist aber schon in dieser doppelten Hinsicht die Lage der evangelischen Kirche mindestens ebenso schwierig, wenn nicht teilweise noch schwieriger als die der katholischen. Das Zentrum verlangt für die katholische Kirche nichts weiter als die strikte Bindung an die rechtlichen Regelungen des Reiches und der Staaten gegenüber der Kirche und ihren Einrichtungen und Organisationen. Wenn der Staat nur diesen rechtlichen Verpflichtungen nachkommt, so ist die finanzielle und rechtliche Existenz der römischen Kirche durchaus gesichert. Mehr als einmal hat sie von berufener Seite es erkennen lassen, dass sie darüber hinaus irgendwelche Opfer und besondere Gaben seitens des Staates nicht erwartet.

Anderer die evangelische Kirche. Sie war bis zur Revolution eine Staatsskirche, die wesentlich auf die finanzielle Hilfe und Unterhaltung seitens des Staates angewiesen war. Auch heute ist die Trennung von Kirche und Staat für sie noch nirgends in Deutschland reiflos durchgeführt. Während aber die katholische Kirche eine feste Organisation darstellt, mit der der Staat bezüglich neuer Übereinkommen und finanzieller Abfindungen verhandeln kann, fehlt der evangelischen Kirche eine solche Zusammensetzung für das Reich. Für die einzelnen Staaten soll durch die Wahlen zum Kirchenrat etwas Dergartiges geschaffen werden, zunächst für Preußen. Die Dinge sind aber so sehr im Fluss, und die Gegensätze der verschiedenen Richtungen sind so stark, dass eine einheitliche Regelung innerhalb der Staaten und dieser untereinander nur schwer vorstellbar ist. Freilich bringt die finanzielle Not die Vertreter der verschiedenen Richtungen zu einer Koalition wenigstens in finanzieller Beziehung. In Preußen ist durch das Gesetz vom 17. Dezember 1920 das Gehalt der evangelischen Geistlichen durch Einschaltung in die Bevölkerungsgruppe 10 der Staatsbeamten und durch Vereinigung von staatlichen Vorschüssen einzuweisen günstig geregelt. Es darf aber nicht außer acht gelassen werden, dass es sich eben um Vorschüsse handelt, die zinslos bis zum 1. April 1928 zurückzuzahlen sind. Die evangelische Kirche hat also rechtzeitig auf die Beschaffung anderweitiger Einnahmequellen Gedacht zu nehmen. Andere Staaten, zum Beispiel Bayern und Sachsen, stehen bezüglich der Pfarrverdienstung noch weit hinter dieser günstigen Regelung zurück. Es ist aber selbstverständlich, dass das Zentrum anstandslos für eine Sicherstellung der Lebensbedürfnisse der evangelischen Kirche in allen deutschen Staaten eintritt. Alle diese provisorischen Regelungen drängen aber auf einen endgültigen Abschluss. Damit dieser Zustand kommt, müssen Körperschaften vorhanden sein, die wirklich Ausdruck des evangelischen Kirchenvolkes sind. Und hier wird ohne Zweifel die große Schwierigkeit entstehen. Die evangelischen Staatsskirchen waren zuletzt nur noch Verwaltungs-, nicht mehr Bekennungsgemeinschaften. Es fragt sich, ob bei der Schaffung der neuen Kirchenorganisation nicht der Streit um das Bekennnis der Ausgangspunkt unüberwindlicher Schwierigkeiten werden wird. So bald sich eine neue evangelische Kirchengemeinschaft begründet, erhebt sich doch die nächste Frage, was denn eigentlich ihre bekennungsmäßige Grundlage sei. Für die Staatsskirche fiel ihr Charakter als Verwaltungsgemeinschaft nicht weiter schwer ins Gewicht. Für die neue Volkskirche ist das eine Unmöglichkeit. Soll sie Zustände kommen, so muss diese bekennungsmäßige Grundlage geschaffen werden. Und das wird unmöglich sein, da lang verschiedene Welten unter eine Verwaltung gespannt werden.

Altbildende Evangelische haben diese längst bestehenden Nöte in ihrer Zukunft ihrer Kirche erkannt. Sie haben den einzigen möglichen Weg zur Sicherung ihres Anschlusses auf die rechtliche Existenz ihrer Kulturgemeinschaft beschritten, indem sie sich dem Zentrum angeschlossen haben, der Partei, die wenigstens gewillt und imstande ist, die Rechte ihrer kulturellen Minderheit zu vertreten, wie immer sich die neuen evangelischen Kirchengemeinschaften auch gestalten. Sie werden zu begrüßen, wenn innerhalb des Zentrums das Interesse an diesen Vorgängen, die doch auch für die katholische Kirche ihre Bedeutung haben, recht rege wird.

Eine neue Wendung in der Wiederherstellungsfrage

Es ist jedem politisch einflussreichen Menschen im Lande klar, dass es ein dringendes Gebot der deutschen Politik ist, aus dem regellosen Verlauf der Londoner Verhandlungen verjährende Situation in der Wiederherstellungsfrage so rasch wie möglich mit Anstand herauszukommen. Es kann so Ehren der Reichsregierung ausgesprochen werden, dass sie seit London in der Tat in dieser Frage die Hände nicht mühsig in den Schoß legte. Nach dem vorläufigen Abbruch der offiziellen Verhandlungen wurde um so eifriger die informellen Zäsuren wieder anzutippen versucht, und es ist auch mancherlei in der Zwischenzeit geschehen, was einer großen Öffentlichkeit gegenüber verborgen blieb, aber doch dem Pfeile selber einer neuen Ingangsetzung der Verhandlungen der gesamten Entschädigungsfrage, dienen sollte und auch diente.

Wir haben von allem Anfang an auf die außerordentliche, ja vielleicht entscheidende, weil ausschlaggebende Bedeutung des amerikanischen Faktors in dieser Frage hingewiesen. Wir erinnern daran, dass wir an dieser Stelle in Skizze einen Vorschlag erörterten, der eine unmittelbare Beteiligung Amerikas an der Regelung der Wiederherstellungsfrage vorsah. Dieser Gedanke ging keineswegs etwa von der Erwögung aus, dass Amerika uns zufolge zu einer besonders entgegenkommenden Haltung sich bereit finde. Wer auf derartige Notiz bauen möchte, wäre ein schlechter Politiker. Aber eine Mitarbeit Amerikas an dem ganzen Reparationsproblem und zwar in der damals von uns erörterten Weise der Übernahme der Entschädigungsabschüsse an Amerika durch Deutschland und eines amerikanischen Begleitgeschäftes in Gestalt einer an Deutschland zu gewährleistenden Anteile, ist schon im eigenen finanziellen Interesse Amerikas gelegen. Man muss sich überhaupt vollkommen klar darüber sein, dass eine rechtliche Förderung der Entschädigungsfrage, die ja kein europäisches, sondern ein weltpolitisches und Weltwohnschaftliches Problem ist, ohne einen Faktor, wie ihn Amerika in der Weltpolitik darstellt, nicht möglich ist.

Neber die Pariser und Londoner Presse erhält nun die deutsche Öffentlichkeit von einer angeblichen amerikanischen Vermittlung in der ganzen Wiederherstellungsfrage. Es wird behauptet, die Kurz und dann ja von deutscher Seite ausgegangen. In den deutschen amtlichen Stellen scheint man Wert darauf zu legen, das zu bestreiten, und auf eine französische Initiative hinzuweisen. Dieser Streit scheint uns nützlich, denn alle Völker sind daran interessiert, die Verhandlungen wieder ins Rollen zu bringen. Es ist zweifellos richtig, dass auch Frankreich den Wunsch haben muss, in dieser Sache vorwärts zu kommen, denn der französische Staatssekretär leidet unbestreitbar unter Verzögerung der Entschädigungsfrage. Es ist nun von größtem Interesse, dass jetzt selbst von französisch-amerikanischer Seite der Plan der Mitarbeitung Amerikas auf dem Umweg über Deutschland in der Weise aufgestellt wird, dass man Amerika in Brüssel bringt, es möge Deutschland einen Aufschluss über die größeren Umfänge gewinnen, und auf diese Weise Deutschland inland zu sehen, an Frankreich einen Teil der Entschädigungssumme zu zahlen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Mission Visionis in Washington mit diesen Dingen in Verbindung bringt.

Mit einer derartigen und ähnlichen Regelung würde die französische Politik für sich das "Prestige" gewahrt haben, seinem von deutscher Seite ausgegangenen Vorschlag sich unterworfen zu haben. Wir können den Franzosen diese Freude gönnen. Am Ende kommt das, was die französische Politik jetzt will, genau auf das heraus, was in deutschen Kreisen und auch an dieser Stelle schon längst zum Ausdruck gebracht war. Uns kommt es auf den schriftlichen Endefolg an. Man muss sich bei diesen Dingen auch weiter vor Augen halten, dass auch Amerika an einem solchen Kompromiss politisch interessiert wäre infolge, als es bei einer Kreditlinie an Deutschland und einer damit verbundenen Verpflichtungslinie zur Abtragung eines gewissen Teiles dieser Kreditlinie zur Entschädigung an Frankreich der französische Politik gegenüber sein Gesicht wahrt, also, wenn auch nur äußerlich, im Rahmen des Bündnisses der Alliierten bleibt. Weitergehende Verbindlichkeiten eingegangen, lehnt Amerika definitiv ab. Es wird, zumal jetzt, keine europäische, sondern eine rein amerikanische Politik betreiben.

Man wird also damit rechnen können, dass unter einem starken Engagement von Amerika, um nicht zu sagen, unter amerikanischer Vermittlung, die Dinge in den Reparationsfragen wieder in Fluss kommen. Es sind diplomatische Etappenfragen, wenn nun von den beteiligten Amtsstellen in Deutschland soviel wie im Auslande das Vorhandensein solcher Verstrebungen abgestritten wird. Derlei Vorgänge gelten diplomatisch-amtlich; dann als vorhanden, wenn sie feierlich verbreitet und gespielt sind. Bis es somit kommt, muss die Entscheidung aber schon längst gefallen sein. Wie haben deshalb allen Grund, die Dinge, die sich gegenwärtig hinter der Szene abspielen, mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Das wahre Gesicht Wilsons

Noch nie hat ein führender Mann die Glaubwürdigkeit eines Volkes, sowie die Erwartungen einer ganzen Welt bitter und ärger enttäuscht, als wie dies der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika getan hat. Die Rolle, die jener bei den Friedensverhandlungen in Paris gespielt hat, war bisher in tiefes Dunkel gehüllt. Nur auf Vermutungen basierten all die verschiedenen Wendungen, die von fast allen Seiten über Wilsons Verhalten in der Öffentlichkeit austrafchen. Aber immer mehr brach sich schließlich die Überzeugung Bahn, dass Wilson in Paris sich selbst und seine 14 Punkte verraten habe. Dies wird nun zur Gewissheit durch ein Buch, das Wilsons Staatssekretär und langjähriger Mitarbeiter Lansing unter

dem Titel "Die Friedensverhandlungen" veröffentlicht hat. Durch eine Reihe von "Times"-Artikeln ist und aus diesem Buche schon jetzt so viel bekannt geworden, dass das Bild des amerikanischen Präsidenten in wohlfreudigem Urteil vor uns steht. Und wahrhaftig — dieses Urteil Lantings reicht Wilson erstaunlichlos von der Höhe herab, auf der zu stehen sich jener Mann selbst einbildete.

Die Nordmannfrage der Lantingschen Ausführungen bezieht sich auf die Preisgabe der Philippinen Gründsäule von der Gerechtigkeit unter den Völkern und den Gründen, die den Präsidenten zu einem Abfall von den in den 14 Punkten aufgestellten Grundsätzen veranlasst haben. Kennzeichnend für die philippinische Entwicklung zu dem inneren und äußeren Umfassung Wilsons ist dabei die von Lansing besonders betonte Guteit des Präsidenten, die durch die glänzenden Empfänge in Europa ins Übermaß getrieben, von den Franzosen und Engländern richtig erkannt und sing ausgebaut wurde. Die prototypale Vorwürfe in den Gedanken eines weltumspannenden Völkerbundes, diese unheilbare Manie Wilsons, war der Ausgangspunkt für die berednenden und gerissensten Präsidenten Wood George und Clemenceau, um den amerikanischen Präsidenten vollständig einzuhüllen. Für diese Tore gab Wilson alles aus der Hand und machte sich selbst zum Verteilte an den von ihm proklamierten Grundsätzen. Darnach wies Lansing dem Präsidenten in aller Offenheit vor, dass er als Mann von hohen Grundsätzen einige von diesen geprägt habe, um die Annahme des Völkerbundvertrages durch die glänzenden Empfänge in Europa zu gewinnen. Gleichzeitig zeigte er, dass Wilson die Gerechtigkeit der Völkerbundes zu haben. Außerdem ist Lansing der Meinung, dass die Gründung aller Zugehörigkeiten am Clemenceau, Wood George und Wilsons vielmals erfolgt wäre, wenn der Präsident nicht nach Frankreich gegangen wäre.

Diesem hatten, aber sicherlich gerechtes Urteil des einflussreichen Mitarbeiter Wilsons haben wir nichts hinzuzufügen. Vor den Augen der Welt und denen seines eigenen Volkes ist Wilson bereits gerichtet, seine Rolle ist aus der Auf, der seinen Taten folgt, hat ihn und seine Werke genügend gekennzeichnet. Das deutsche Volk aber — das sei ihm gute Warnung gesetzt — hat bis in die tiefsten Tiefen fühlen müssen, was es bedeutete, wenn viele, allzu viele einem solchen Manne sich auf Treu und Glauben verschrieben hatten.

Erhöhte Leistungen in der Angestelltenversicherung

Nach einer Mittelung und nach einem Vorschlag des Direktors der Reichsversicherungsanstalt sollen den gesetzgebenden Kommissionen Anträge zur Verbesserung vorgelegt werden, die eine Erhöhung der Bezüge aus der Angestelltenversicherung vorsehen. Diese Erweiterung der Leistungen muss auch bald erfolgen, da erstens die Bezüge aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ganz wesentlich erhöht werden und, besonders durch das Gesetz vom 26. Dezember 1920, und zweitens die wirtschaftliche Lage der auf Unterstützung angewiesenen Angestellten eine Aufbesserung dringend erfordert. Mit der Erhöhung der Bezüge ist natürlich auch eine schwere Vertragsleistung verbunden. Was die Aufbesserung der Leistungen im einzelnen betrifft, so soll zunächst die die Vereinigung der Hinterbliebenen und der Hinterbliebenenrente ein für alle Gruppen gleicher Grundbetrag zugrunde gelegt und diesem Betrage für jeden entrichteten Monatsbeitrag ein nach der Höhe der Beiträge verschieden hoher Steigerungsbetrag hinzugerechnet werden. Für das Altersgeld sieht der Entwurf als Grundbetrag der Beitrag von jährlich 300 Mark vor. Entsprechend der Erhöhung des Altersbezuges erhöhen sich auch die Witwen- und Waisenrenten. Für die Witwenrente sieht der Entwurf nebenbei sich aus den neuen Sätzen für die Altersgelder ergebenden Auslastung eine weitere bedeutende Erhöhung insoweit vor, als künftig als Haltwaisenrente anstatt eines Hunderts der Witwenrente zwei Hundert und als Doppelwaisenrente anstatt eines Dreiviertels zwei Drittel der Witwenrente gewährt werden sollen. Ferner ist eine erhebliche Erhöhung der für Heil- und Pflegezwecke benötigten Mittel vorgesehen. Eine weitere Verbesserung schlägt der Entwurf für weibliche Versicherte vor. Nach den gesetzlichen Bestimmungen wird weiblichen Versicherten beim Eintritt der Rentenfähigkeit nach Ablauf von 60 Beitragssmonaten und vor Vollendung von 120 Beitragssmonaten ein Altersgehalt gewährt, dessen Höhe nach den ersten Beitragssmonaten berechnet wird. Auch für dieses Altersgehalt soll ein Grundbetrag von 300 Mark zugrunde gelegt werden. Außerdem sollen die Steigerungsbeträge nicht nur den ersten 60 Beitragssmonaten, sondern sämtlicher Beiträge in Ansatz kommen, die bis zum Eintritt der Rentenfähigkeit entrichtet worden sind. Durch diese Regelung wird gleichzeitig einer von den Angestelltenverbänden aufgestellte Forderung entsprochen, und es erfreuen die den weiblichen Versicherten zugewendeten Sonderleistungen eine erhebliche Erweiterung und Erhöhung. Vom Autokreis des Gesetzes ab sollen auch den bereits Bezugsberechtigten die Grundbezüge als Anzahlung zu den für sie festgelegten Altersgeldern und Hinterbliebenenrenten gewährt werden. Der Anfang auf Gestaltung von Beiträgen für den Fall, dass der Versicherungsschutz eintrete, ohne dass ein Anspruch auf Leistungen geltend gemacht werden kann (§ 298 des Versicherungsgesetzes für Angestellte), soll auch den Eltern und Großeltern gewährt werden. Diese Mitteilungen werden in den Kreisen der versicherten Angestellten Bewunderung und Anerkennung auslösen. Der Ausbau der Angestelltenversicherung und die Verstärkung mancher seit langer Zeit gehegten und bestreiteten Wünsche wird nun wohl die Opposition gegen die Angestelltenversicherung verstummen lassen. Auch von den von vielen Seiten geforderten Verschmelzung mit der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung wird dann wohl nicht mehr die Rede sein. Die Angestelltenversicherung muss sich des Vertrauens der Versicherten erfreuen, dann wird sie auch gediehen und den Angestellten zum Segen gereichen.

Sch.

Die Zollgrenze

Paris, 3. April. Hobes teilt mit: Der Votschaffterrat traf gestern vormittag im Außenministerium unter dem Vorsitz von Jules Cambon. Der Rat stimmte dem Bericht des Sonderausschusses über die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein zu. Die Rheinlandkommission hat nunmehr jede Befugung zur Durchführung der auf der Londoner Konferenz beschlossenen Zwangsmassnahmen.

Paris, 3. April. "Echo de Paris" erfährt, in der gestrigen Sitzung der Votschaffterkonferenz habe der englische Votschaffter Hardinge, zu dem Entwurf der englischen Überkommission über das neue Zollregime in den Rheinlanden einige Bemerkungen gemacht. In dieser Linie habe er die vorgelesene groÙe Anzahl interallierter Zollbeamter, die der französische Entwurf empfiehlt, bestimmt und die Höhe des Zolls. Es sei beschlossen worden, nur in beschränkter Zahl alliierte Kontrollbeamte zu unterhalten, die die Arbeit der deutschen Zollbeamten, die in ihrem Amt bleiben, überwachen sollen. Es wurde seiner festgestellt, daß bei der Ausfuhr in das unbesetzte Gebiet nur eine statistische Gebühr erhoben werden soll, damit die rheinländische Produktion in Deutschland einen größtmöglichen Absatz finde. Dagegen sollen die aus dem unbesetzten Deutschland ausgeführten Waren gleichermaßen stark belastet werden. Um den Transportverkehr zu schonen, soll der neue Zolltarif in verschiedenen Stufen angewandt werden. Vorur von einer Stufe zur anderen übergegangen ist, hat die rheinische Überkommission die verbündeten Regierungen angehören.

Paris, 3. April. Der "Tempo" bringt nächste Mitteilungen über die Zollgrenze am Rhein. Danach wird die rheinische Zollgrenze nicht 370 Kilometer, sondern 500 Kilometer lang sein, da der Rhein nicht als Zollgrenze dienen kann. Die gestrige Sachverständigenkonferenz hat sich dieser Aussölung angeschlossen mit der Begründung, daß bedeutende Betriebe sowohl in den rechtsrheinischen Brückenkästen als auch zu beiden Seiten des Flusses gelegen seien. Deshalb wurde ein Vorschlag angenommen, nach dem die Zolllinie im Interesse der Kontrolle im Innern der Besatzungszone verlaufen soll. Hierdurch werde keine Abänderung an der militärischen Besatzungszone nötig. Was den Zoll für den Eingang aus dem nicht besetzten deutschen Gebiete in die Rheinlande betrifft, so ist von der Rheinlandskommission vorgeschlagen worden, in der ersten Periode 25 v. H. des deutschen Tarifs zu erheben, in der zweiten Periode 50 v. H. und in der dritten Periode den gesamten Betrag des deutschen Zolls. Sämtliche Zahlungen seien in Goldmark zu entrichten. Gleichzeitig hat sich der Votschaffterrat nur auf die erste Periode festgelegt, für die beiden anderen Perioden aber weitere Institutionen den beteiligten verbündeten Regierungen vorzuhalten. Hinsichtlich des Ausgangszolls für rheinische Waren nach dem unbesetzten Deutschland hat die interalliierte Kommission die Erhebung von Zöllen vorgeschlagen, die dem deutschen Tarif in Papiermark gleichkommen. Der "Tempo" bemerkt hierzu: Dieser Vorschlag scheint keinen Widerspruch gefunden zu haben. Der Bericht der Sachverständigenkommission sage lediglich, wenn der Eingangszoll an der Westgrenze des besetzten Gebietes herabgesetzt werden würde, müsse der Ausgangszoll der Ostgrenze so heraufgesetzt werden, daß der Tarif dem effektiven deutschen Eingangszoll an den anderen Grenzen gleichkomme. Es scheint, daß dieser Vorschlag gemacht worden ist, weil es vielleicht notwendig werden könnte, der Westgrenze des besetzten Gebietes für Abzugsmittel, Munitionsmaterial und gewissen Kriegsabfallen Rücksichtungen zu gewähren. Schließlich scheint der Entwurf sich mit der Frage der Einfuhr und der Ausfuhr zu beschäftigen. Die interalliierte Rheinkommission hat das Recht, die Maßnahmen zu treffen, die sie für notwendig hält. In Koblenz wird ein leitender Ausschuß für die rheinischen Röthe eingesetzt. Dieser untersteht einem Votschaffter. Für das Rheinland werden die drei Hauptämter Trier, Mainz und Ludwigshafen in Landessouveränität umgewandelt und treten an die Stellen derjenigen in Mainz, Trierstadt und Ludwigshafen. Die 19 Hauptämter in der Nähe der neuen Zollgrenze werden für die Erhebung des Zolls vermaut, ebenso 31 kleinere Amtsstätten, bevor noch eine Anzahl Amtsstätten geschaffen wird. Der Rheinschiffahrtszoll bleibt bestehen. Schiffe, die aus dem Auslande kommen, werden jedoch in Rouen und Mainz durchsucht. Dem deutschen Zollpersonal, das gegenwärtig 1900 Köpfe beträgt, werden 70 Beamte und 80 Hilfsarbeiter für die oben erwähnten Amtsstätten entnommen. Die bisherigen Zollinspektoratoren kehren bestehen. Es wird außerdem fachweise eine interalliierte Kontrolle eingerichtet; hierfür stellen Frankreich 19, Belgien 10 und England 5 Beamte. Die Nebenordnung der Zollgrenze wird unter Wirkung des Geschäftsausschusses ausgetragen; hierfür stellen Frankreich 100 Mann, Belgien 20 und England 10. Es soll außerdem von der rheinischen Oberkommission eine Zollpolizei auf dem Rhein organisiert werden.

Die Unterdrückung des deutschen Flugzeugbaus

Vor's, 2. April. Ministerpräsident Brion hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Votschaffterkonferenz an den Vorstehenden der deutschen Friedensdelegation in Paris unter Datum vom 29. März folgenden Brief geschrieben: Durch Ihre Note vom 19. März haben Sie den bereits in Ihrer Note vom 28. Januar d. J. gegen die Beschlüsse der Kontrollkommission einstimmig beschlossenen Fazit, die im Zukunft ermächtigt sind, Kriegsmaterialien herzustellen, die in Zukunft erlaubt sind, Protestsern entnommen, werden jedoch aufgehoben. Ich habe die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Frage durch den Beschluss des Obersten Rates vom 28. Januar definitiv geregelt worden ist und daß die Mächte sich zu keiner neuen Diskussion über diesen Gegenstand herstellen können.

Die römische Konferenz

Dieser Tage findet eine Konferenz aller derjenigen an dem ehemalig deutsch-österreichischen Gebiete und seiner Gegenwart und Zukunft interessierten Mächte in Rom statt. Es handelt sich also um die Vertretungen der österreichischen Republik von Ungarn, Rumänien, Polen, Italien, Jugoslawien und der Tschecho-Slowakei.

Durch den vertrauten Stanislaus Kaiser Karl wurde die Konferenz von ihrem Hauptausgabenteil einerseits abgelenkt, zum zweiten aber, und darin liegt die Bedeutung für Deutschland, in dem Verstreben gefaßt, aus Deutsch-Oesterreich eine Position zu machen, die den Interessen der großen und kleinen Entente nicht aber den Interessen von Großbritannien dientbar gemacht würde. Von einer römischen Konferenz ist daher für Deutschland nichts Gutes zu erwarten. Hinter den Staaten der kleinen Entente stehen die österreichischen der großen Entente, die sich als die Einheitspartei aller deutsigen Tendenzen betrachten, Deutschland auch bei dieser Konferenz in Rom politisch zu schaden.

Der Mißerfolg der griechischen Offensive

London, 3. April. Wie Reuters aus Smyrna meldet, haben die Türken den arabischen Vormarsch zum Stehen gebracht. Östliche Städte dauern bei Ghizelje an. Die griechischen Verluste übersteigen 7000 Mann, die Verbandspläne sind überfüllt. Wie Haas aus Konstantinopel erzählt, wurde der Mißerfolg der Griechen vor Ghizelje durch einen Sette angriff der Türken von der Bahnlinie südwärts dieses wichtigen Knotenpunktes herverursacht. Die Widerstandslinie der griechischen Front erscheint im Zentrum gefährdet. Blättermeldungen aus Konstantinopel zufolge befagt eine Veröffentlichung der Regierung in Angora, daß die englische Verwaltung in Ägypten Griechenland mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial versorgt, und daß die im Ägypten wohnhaften griechischen Staatsangehörigen entlassen und unter der Aufsicht der englischen Polizei nach Griechenland befördert werden. Haas meldet aus Athen: Das offizielle Organ kündigt an, daß Ministerium

wurde umgebildet, Gunaris werde Ministerpräsident und Galatasopoulos Finanzminister. Die übrigen Minister würden ihre Amtsstätte behalten.

Prüfung der Verlegungen der Votschaffterkonferenz

Berlin, 3. April. In Genf liegt zurzeit eine Internationale Konferenz der Roten Kreuze, auf der aus Deutschland vertreten ist. Auf Anregung der Vertreter von Spanien, Australien und Griechenland hat die Konferenz einstimmig die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die die während des letzten Krieges von den beiden Kriegsparteien gegeneinander erhobenen Beschuldigungen wegen Verlegung der Votschaffterkonferenz nachprüfen soll. Die Kommission wird in der Weise gebildet werden, daß die Roten Kreuze von Spanien, Holland, der Schweiz, Schweden, Norwegen und Dänemark um Benennung je einer herausragenden Persönlichkeit gebeten werden. Die Roten Kreuze der Kriegsverbündeten Länder werden ihre Klagen der Kommission vorlegen, die sie nach Anhörung des Roten Kreuzes des beschuldigten Staates prüft.

Anmerkung des WLB: In Deutschland wird dieser Konferenzschluß auf allen Seiten lebhaft begrüßt werden. Zum ersten Male bietet sich die Gelegenheit, die von beiden Kriegsparteien gegeneinander erhobenen Vorwürfe vor einem neutralen Forum zum Auszug zu bringen. Das wird sich als das beste Mittel erweisen, den Streit über das Vergangene zum Abschluß zu bringen und den Weg für ein künftiges internationales Zusammenarbeiten freizumachen.

Unveröffentlicht

(Eigner Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Wien, 4. April. Nach der Wiener neuen Presse erläutert Graf Stubassy auf die Frage, ob der König abtreten werde, Karl werde das tun, aber sobald er den Salzwagen besiegt habe, wird werden ihn die begeisterten Offiziere und Mannschaften wieder herausholen ihn im Triumph nach Budapest auf den Königsthron tragen.

Karls verschobene Amtszeit

Wien, 8. April. Nach Melbungen Wiener Blätter aus Steinenanger soll Egliot Karl unter Friedeverschärfungen an Holzentzehrung erkannt sein und das Bett hätten. Nach Neuherungen von Persönlichkeiten aus der Umgebung des Exkaisers soll Karl immer noch der Amtzeit Widerstand entgegenstellen, wobei er die Abfahrt verfolge, die nächste Sitzung der ungarischen Nationalversammlung abzuwarten. Der Spezialkorrespondent der "Neuen Freien Presse" hält jedoch für sicher, daß dieser Widerstand bis zu letzter Stunde überwunden werden wird. Die "Neue Freie Presse" erklärt aus Entfernen, daß die Abreise des Exkaisers noch im Laufe der heutigen Nacht erfolgen soll. Die Rückreise dürfte, ohne Wien zu überqueren, über Neustadt-Uerdnitz-Boden an die schweizerische Grenze führen. In Ungarn ist die Erörterung der Königsfrage freigegeben. Die gesamte ungarische Presse drückt ihre volle Zustimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung anlässlich der Rückkehr des Königs aus. Die Friedeverschärfungen stimmen ferner in der Bereitstellung der schlechten Fahrzeuge des Königs überein. Für die nächste Sitzung der ungarischen Nationalversammlung am Mittwoch werden Entschließungen zur Abreise angekündigt. Anzublicklich sind französische militärische Kreise kompromittiert, an deren Spitze noch sieben soll. Vermüter zwischen ihnen und dem Exkaiser soll der vielgenannte King Sigismund von Parma gewesen sein. Man sieht die lange Dauer der Verhandlungen über die Ablösung des Königs auf Verstärkungen zwischen den ungarischen und der französischen Regierung zurück.

Eine Erklärung des Papstes

Nam, 8. April. "Observatore Romano" demonstriert sorgfältig die Getüte, wonach der Papst von der Reise des Kaisers Karl unterrichtet war. Die vom Wiener Mundus eingegangenen Nachrichten seien sofort den Vertretern Frankreichs und Englands, die ein berechtigtes Interesse hätten, sie kennen zu lernen, mitgeteilt worden.

Der schweizerische Bundesrat

Bern, 3. April. Die Schweizerische Depeschen-Agentur ist in der Lage über einen Beschluß des Bundesrates in Sachen der Einreise des Exkaisers Karl folgendes mitzuteilen: Die Einreiseerlaubnis wird provisorisch erteilt, will dadurch der Exkaiser am raschesten die Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, wo er ein Element der Beunruhigung ist, verlassen kann. Bei dem Eintritt in die Schweiz wird ihm eröffnet, daß die Einreiseerlaubnis eine provisorische sei und daß er einen Aufenthalt zu wählen habe, der weder im Grenzgebiet liege noch eine andere Stadt sei. Durch eine Untersuchung werden die Verhältnisse, unter denen der Exkaiser das Land verlassen konnte, festgestellt, und es wird alsdann der Bundesrat unter vollkommener Freiheit darüber entscheiden, ob ein weiterer Aufenthalt in der Schweiz dem Exkaiser noch gestattet werden kann oder nicht. Selbstverständlich wird sich die Untersuchung auch auf Personen zu erstrecken haben, die bei dem Unternehmen behilflich waren; auch diesen gegenüber werden die entsprechenden Maßnahmen vorbehalten.

Frankreichs Rolle

Genua, 8. April. Die Andeutungen der Pariser Presse über die Vorgeschichte des ungarischen Staatsstreichs lassen immer drastischer erkennen, daß sich das ganze Unternehmen leicht Endes scharf gegen Deutschland richtet. Trotz der ablehnenden Haltung der amtlichen französischen Stellen, die übrigens auch recht zweifelhaft war, kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Exkaiser Karl tatsächlich auf französischer Einsichtserklärung in sein Abenteuer unternahm, und zwar waren seine Führer, der frühere Direktor im Pariser Auswärtigen Amt und ehemalige Votschaffter in Petersburg Paléologue und mit diesem der ehemalige französische Großindustrielle Schneider-Creuzot. Beide Herren haben sich, wie Deuxième Avenue deutet, von dem Exkaiser gewisse Aufsichtserklärungen für den Fall geben lassen, daß er abermals den ungarischen Thron bestiege.

Beginn des englischen Bergarbeiterstreiks

Die Bergarbeiter haben in allen Bergwerken die Arbeit so gut wie vollkommen eingestellt. In Bergwerken ist glaubt man, daß der Streik nicht lange dauern wird. Paul Mall und Göbel erfahren, daß die Regierung endgültig beschlossen habe, in den Streit zwischen den Bergarbeiterbezirken und den Bergarbeitern nicht einzutreten. Um Kosten zu sparen, wird vom 6. April ab der Eisenbahndienst um ein Viertel eingeschränkt. Das Oberhaus, das bis zum 12. April vertagt worden war, ist zusammen mit dem Unterhaus zum 4. April einberufen worden. Das Rathaus hält heute eine zweifürige Sitzung ab. Es verlautet, daß die Minister in London bleiben werden, so daß sie, wenn nötig, jederzeit zusammenberufen werden können. Die Verbündungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern in der Schiffbauindustrie zur Feststellung einer neuen Grundlage sind geschafft. Wie die Blätter melden, sind bereits einige Bergarbeiterhäuser überflutet und zahlreiche andere stehen in Gefahr. Infolge des Bergarbeiterstreiks ist der Kohlenpreis bereits gestiegen. Die Regierung teilte den Grubenbesitzern mit, daß sie ihnen die nötige Hilfe nicht garantieren könne, um eine Eisfaltung der Gruben zu verhindern, und dient sie daher, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um eine Katastrophe zu verhindern.

Veränderungen im englischen Ministerium

Eine lange Liste von Veränderungen im Ministerium ist veröffentlicht worden. Die wichtigsten sind: Horne wird zum Finanzminister ernannt, Addison zum Minister ohne Portefeuille, Baldwin zum Handelsminister.

Der erste katholische König von Irland

Vorb. Edmon und Talbot ist zum Nachfolger von Vor. French als erster König von Irland unter der neuen Regierungsform bestimmt worden. Nach dem Homeerulegesetz wird es die erste Aufgabe des neuen Königs sein, die beiden Parlamente von Süß und Nordirland zusammenzubringen. Die Ernennung Talbots ist besonders bedeutsam, weil er führender römisch-katholischer Priester im Königreich und gleichzeitig der erste römische Katholik ist, der zum König von Irland ernannt worden ist.

Aus dem Osten

London, 2. April. "Manchester Guardian" veröffentlicht den Wortlaut des Vertrags, die die russische Sowjetrepublik vor kurzem mit Persien und Afghanistan abgeschlossen hat. Beide Verträge sind auf breiter Grundlage aufgebaut; denselben mit Persien erläutert allein alle früheren Annahmen für ungültig. Er kreist alle von der zaristischen Regierung gewählten Amtsträger. England wird in seinem der beiden Verträge mit Namen genannt. Es bestehen aber mehrere bedeutende Bestimmungen, die gegen den Einfluß einer dritten Macht sowohl in Persien, als auch in Afghanistan gerichtet sind.

Oberschlesien

Berlin, 1. April. "Sächs. Volkszeitung" meldet, daß die Lage im Artikel 45 immer schlimmer werde. An der Bahnhofstraße sei es zwischen Polen und Deutschen zu einem schweren Kampf gekommen, der 16 Stunden dauerte und bei dem 5 Maschinengewehre verwandt worden seien. Auf beiden Seiten habe es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben. — Die Versprechungen der interalliierten Kommission in Oppeln sollen dahin gestellt haben, daß die Kommission eine Grenzlinie in Paris vorschlagen wird, die im wesentlichen der Karpatho-Kritze gleichkomme. Bedeutlich der Kreis Oppeln und der Kreis Rosenberg sollen von dem Karpatho-Vorschlag abgetrennt werden, um bei Deutschland zu verbleiben. Falls sich diese Meldung bestätigt, würde das gesamte oberschlesische Industriegebiet in schwerster Gefahr stehen. Die Vorschläge der interalliierten Kommission sollen mit großer Stimmenmehrheit genehmigt worden sein.

Die Haltung der Besatzung gegenüber den Kommunisten

(Eigner Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Köln, 4. April. In den niederrheinischen Blättern wird gegen die lieberheitlichen Kommunisten ein Befehl der Besatzungsschefs veröffentlich, in dem es u. a. heißtt: Jeder, der eins Verbrechens oder eines Vergehens verdächtig erachtet. Die Militärbehörde kann zur Ausführung jede praktische Maßnahme ergreifen, die gesucht ist, die Anwendung feststehender Verfügungen zu föhren. Jede feindliche Haltung gegen eine Militärperson wird sofort geahndet. Männer, aus denen geschossen wird, werden auf der Stelle in Brand gestellt. Artillerie wird zunächst Verwendung finden in Ortschaften, Ortsräumen oder Gebäuden, in denen die Truppen in Erledigung ihres Auftrages auf Widerstand stoßen. Jede Verstüzung der Arbeitsfreiheit, jeder Angriff auf Personen, jede Verstüzung oder verdeckte Verstüzung von Gebäuden oder öffentlichen Anstalten wird strengst unterdrückt. Jede Lüge, die eine Meldung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und guten Verwaltung des Landes möglich ist, muß zur Kenntnis der Truppenkommandanten gebracht werden.

Hölz der Urheber des Anschlages auf die Siegesallee

(Eigner Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 4. April. In den niederrheinischen Blättern wird gegen die lieberheitlichen Kommunisten ein Befehl der Besatzungsschefs veröffentlich, in dem es u. a. heißtt: Jeder, der eins Verbrechens oder eines Vergehens verdächtig erachtet. Die Militärbehörde kann zur Ausführung jede praktische Maßnahme ergreifen, die gesucht ist, die Anwendung feststehender Verfügungen zu föhren. Jede feindliche Haltung gegen eine Militärperson wird sofort geahndet. Männer, aus denen geschossen wird, werden auf der Stelle in Brand gestellt. Artillerie wird zunächst Verwendung finden in Ortschaften, Ortsräumen oder Gebäuden, in denen die Truppen in Erledigung ihres Auftrages auf Widerstand stoßen. Jede Verstüzung der Arbeitsfreiheit, jeder Angriff auf Personen, jede Verstüzung oder verdeckte Verstüzung von Gebäuden oder öffentlichen Anstalten wird strengst unterdrückt. Jede Lüge, die eine Meldung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und guten Verwaltung des Landes möglich ist, muß zur Kenntnis der Truppenkommandanten gebracht werden.

Das Bandenunwesen in Mitteldeutschland

aus der Provinz Sachsen wird dem "Berl. Volksatz" geschrieben. Im mitteldeutschen Industriegebiet ist in den von der Schuppspolizei besetzten großen Städten Ruhe eingesetzt. Um so schwimer bauen die Banden auf dem Lande. Die Bauern stehen wehrlos unter dem schärfsten Terror. Die Kreisbauernschaften des Saalekreises und des Mansfelder Kreises richten solange Teleogramm an Helsing: 16 Ortschaften sind geplündert. Die Schupo ist zu schwach und abgängig. Mehrere Verlöser wurden erschossen. Wir fordern sofortige Einsetzung der Reichswehr. Sind sonst gezwungen Selbstschutz zu organisieren.

Die in Halle anwesenden Vertreter des Braunlobhofs, Kalt- und Gräberhauses, der Arbeitgeberverbände von Industrie, Handel und Gewerbe telegraphieren an die Reichsregierung: Zahlreiche gutbewaffnete Banden von erheblicher Größe durchziehen plündernd das Land. Arbeiter und Angehörige verlassen nachdrücklich Schule und zeitigere Durchführung der Entschädigungsaktion. Sicherheitsmannschaften, die von Wiesenburg aus eingesetzt waren und sich mit Hundertschaften aus Gülden und Halle programmiert verdingt, ziehen bei Beesenstedt auf eine Bude von 500 Mann. Es entspannt eine lebhafte Feuergefecht, wobei sich die Aufständischen tröstig zur Wehr setzten. Unter Hinterlassung von 18 Toten und 40 Verwundeten ereignete die Auseinandersetzung im Braunlobhofe zwischen 200 Schuppspolizisten und 1500 Schülern. Die Schuppspolizisten erzielten die Niederlage. Der Schuhfabrikant Schneider und Högl waren bei dem Treffen anwesend und haben die Schuppspolizisten gegen die Banden aufgezogen. Die Schuppspolizisten haben ihre Verfolgung aufgenommen.

Halle, 8. April. Die Schuppspolizisten nahmen vorgestern mittags eine erfolgreiche Aktion gegen das stark mit Maschinengewehren und Minenwerfern bewaffnete Dorf Beesenstedt. Nach heftigem Widerstand der Kämpfenden gelang es der Schuppspolizisten unter Einsatz von Artillerie das Dorf zu nehmen. Die Rebellen ließen viele Tote und Verwundete auf dem Platz sowie ihre ganze Bagage von 40 bewaffneten Fahrzeugen und mehreren Autos.

Magdeburg, 8. April. Die Meldestelle des Oberpräsidiums teilte mit: Eine Streife zwischen Born

Gefurt: Die kommunistische Flugblattagitation dauert an. Die Festnahme der Kommunisten, die sich an dieser Agitation beteiligen, dauert fort.

Halle, 8. April. Während es den im Norden von Halle löschen Truppen vorgekommen gelungen war, den „Adjutanten“ von Mag. Högl, den kommunistischen Redakteur Schneider aus Ronnefeldt, gefangen zu nehmen, ist Högl selbst wieder entkommen. Er hatte den Fabrikarbeiter Rösch aus Börbig gezwungen, ihm drei Tage lang im Saalekreis herumzuführen. Als die Sicherheitskräfte gestern Vespernstedt einnahmen, gelang es Högl, zu den Truppen zu fliehen. Die Leiche des ermordeten Leutnants Michner ist gräßlich verfuselt in einer Thruen bei Leuthenthal ausgegraben und dann nach Halle gebracht worden.

Schwerin, 8. April. Infolge der Verschärfung der politischen Lage hat das Ministerium die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Kommunistische Attentate?

Berlin, 4. April. In der vergangenen Nacht gegen halb 1 Uhr erfolgte in der Kolonie Grunewald an der Ecke der Gruber- und Grubenstraße auf dem Villengrundstück des Fabrikbesitzers Schmidt eine heftige Explosion. Die aus dem Schloß gesprengten Fenster des Hauses stürzten herab und sahen, daß die Glasscheiben stark beschädigt worden waren. Die Nachsuche der Kolonie Grunewald stellte fest, daß drei Handgranaten diese Zerstörungen verursacht hatten. In der Nähe des Tatortes fand man gelbe Bettel mit der Aufschrift: „Mag. Högl ist da.“

Um Mitternacht meldete der Fahrdienstleiter Neumann, daß auf der Strecke Baumhüulenweg-Görlitzer Bahnhof beim Stellblock B. L. B. ver sucht worden war, die Brücke Treptow-Dammtor zu zerstören, indem man Sprengstoffe zur Explosion brachte. Die Absicht ist aber mißlungen.

Ein Aufruf Grönners

Berlin, 8. April. Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Aufruf an die deutschen Eisenbahner gerichtet:

Die bellugeworbenen Ereignisse in Mitteldeutschland haben dem Personal und den Betriebsanstalten der Reichseisenbahnen schweren Schaden zugefügt. Durch verbrecherische Handlungen sind brave Beamte getötet oder zu Gruppen geworden. Wer den politischen Kampf mit Bomben und Dynamit in das Eisenbahnhause hineinträgt, der ist für den Eisenbahner eine schwere Gefahr, ein Feind, der ihm an Leben und Gesundheit geht. Wer tödlich das Recht Einsichtsgewerbe besitzt, der wird zum Menschenmörder, insbesondere an jenen Beamten, die auf der Lokomotive und im Postwagen zu allererst in ein sicheres Verbergen gehen. Niemand hat ein Recht, durch Anschläge gegen Eisenbahner seine politischen Ziele zu fördern. Wer es tut, ist kein Politiker, sondern ein Verbrecher, der keine Schonung verdient. Die Eisenbahn ist auch kein Instrument, das sich zum Kampfe gegen die bestehende Verfassung missbrauchen lassen muß. Die Eisenbahner erblicken in dem Betriebe, dem sie dienen, den wichtigsten Stützen unserer Wirtschaft und sehen auch ihren Stolz darin, daß sie die begangene Verbindung der Eisenbahnen ungehemmt fortführt. Wer daher verbrecherisch in den Betrieb eingreift, der preist den Eisenbahner auch in seiner Ehre an, ganz zu schweigen von den dadurch verstärkten Härten des Dienstes. Nur all diesem Unheil zu steuern, rufe ich die gesamten deutschen Eisenbahner auf, mir zu helfen, sich selbst, die Eisenbahnanlagen und den Betrieb jetzt und in Zukunft gegen solche verbrecherische Eingriffe zu schützen. Den Eisenbahner, die bereits in den letzten Tagen bei der Abwehr der Anschläge mitgewirkt haben, sage ich meinen wärmsten Dank in der Überzeugung, daß ihr Beispiel der richtig erkannten und freiwillig übernommenen Verantwortlichkeit der Allgemeinheit der deutschen Eisenbahner werden wird.

Zur Regierungsbildung in Preußen

Die Berliner Blätter aller Richtungen beschäftigen sich in den letzten Tagen wiederum intensiv mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen. Nach einer Meldung sollen bereits Zentrum und Demokraten die Initiative ergreifen und offizielle Anfragen an die rechts und links benachbarten Parteien gerichtet haben. Auch die Personenfrage wird in diesem Zusammenhang bereits lebhaft diskutiert. Wie sind nicht in der Lage, die verschiedenen Meldungen auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen, sowohl die Zentrumspartei und ihre Stellungnahme in Betracht kommt, können wir feststellen, daß die diesbezüglichen Meldungen jeglicher Grundlage entbehren. Die Zentrumspartei sowie ihrer Führer haben seit der Verlegung des Landtages zu der Frage der Regierungsbildung nicht von neuem Stellung genommen. Wie wir hören, wird der erste Vorsitzende der Zentrumspartei des Landtages, Scheimat Borsig, am Montag kommender Woche in Berlin eintreffen. Gleich nach seiner Ankunft dürfte allerdings die Aufnahme von neuen Verhandlungen in der Frage der Regierungsbildung eingesehen.

Die Wahl des Reichspräsidenten

Nach Zeitungsmeldungen soll eine neue Vereinbarung der Parteien über die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt sein und die Feststellung des Wahlergebnisses unmittelbar bevorstehen. Diese Nachricht beruht lediglich auf Kombinationen. Bekanntlich hat der Reichspräsident selbst in einem vor längerer Zeit veröffentlichten Schreiben auf eine möglichst schnelle Überprüfung der Wahl gedrängt. Die Fraktionen des Reichstages waren jedoch mit Rücksicht auf die Unregelmäßigkeit, die noch immer über den Schluß des Reiches und insbesondere über die Zukunft Oberschlesiens herrscht, übereingekommen, die Neuwahl des Reichspräsidenten bis nach der Entscheidung über Oberschlesien zu verlegen. Vor Ende April aber über die Entscheidung des Volksbundsrates kann zu erwarten sein. Andererseits trifft der Reichstag, der nach dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten den Wahltag festgesetzt hat, erst am 20. April wieder zusammen. Es ist also die Überprüfung des Termins für die Wahl des Reichspräsidenten frühestens Ende dieses Monats zu erwarten, so daß die Wahl selbst nicht vor Ende Mai erfolgen kann.

Schwedische Siebenstaaten

Stockholm. Etwa 4000 Kriegsflüchtlinge werden im bevorstehenden Sommer in Schweden untergebracht werden. Die meisten von diesen Kindern sind solche, die bereits in Schweden waren und nun wieder eingeladen sind. Die Hälfte sind deutsche, die andere Hälfte österreichische Kinder.

Nachrichten aus Sachsen

Sachsen: Zum Landesausschuß zur Bekämpfung der Tuberkulose in Sachsen sind Leitfäden zur Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter in kürzer, gemeinverständlicher Form ausgearbeitet worden, deren möglichst weite Verbreitung in allen Volksfreien im Interesse der Volksgesundheit dringend zu wünschen ist. Die Leitfäden sind von der Görlitzer Buchdruckerei, Dresden-Alstadt, Georgplatz, zum Preis bei Abnahme von 10 Stück zu je 1,00 Mark, zu 50 Stück zu 1,40 Mark, zu 100 Stück zu 1,80 Mark, 500 Stück 1,25 Mark und 1000 Stück 1 Mark ausschließlich Porto zu begleiten.

Ihr 25-jähriges Amtsjubiläum feierten mit Beginn des neuen Schuljahrs an den beiden Schulen Sachsen folgende Lehrkräfte: Kurt Albert (Bittau), Johannes Bergmann (Blanken 2), Franz Konrad (Burgen), Joseph Mayer (Dresden 2), Gustav Seifert (Schönwalde) und Otto Walter (Dresden 8).

Bautzen. Der Stadtrat hat die Forderungen der Gewerkschaften auf eine Gehaltsförderung von 800 Mark abgelehnt. Daraufhin veranstalteten diese eine zweite Versammlung unter freiem Himmel. Der Kommunist Hoop forderte den Generalrat, doch fanden sich in der ganzen Versammlung kaum zehn Kommunisten bereit, mit ihm zu gehen. Auch sonst herrschte in der Oberlausitz Ruhe, absehbar von Hirschfelde, wo an einer Mauer des Neubaus des Braunkohlenwerkes zwei Handgranaten zur Explosion gebracht wurden, die jedoch keinen Schaden angerichtet haben.

Döbeln: Da in den Schächten durch das kommunistische Verbrechen eingeschlossene Bergarbeiter wurden lärmlich gerettet und die verwüsteten Schachtanlagen sind wieder hergestellt worden. Seit Mittwoch abend liegt hier Militär. Junge, mit Holzknüppeln bewaffnete Burschen kommen als Täter in Betracht, die auf den Schachtanlagen erschienen und die Rettung ausblieben.

Werdau: Die schwäbischen Hölzer der Mittelalte im Vogtland machen sich schon jetzt geltend. Wie eine angesehene Blaue Kirma mitteilt, sind ihr breite von Kunden aus Berlin und Frankfurt a. M. telegraphische Anträge ausgegangen, ob ihres überwältigenden unruhigen Verhältnissen die Ausführung der ihr übertragenen, belangreichen Aufträge überhaupt möglich sei, und von der Antwort ist das eventuelle Juridizieren der Autarkei abhängig gemacht. Baudach ist die Summe in der Lage, die Aufträge auszuführen.

Bautzen, 9. April. Der Landwirtschaftliche Kreisverein für die Oberlausitz hielt am Sonnabend in Bautzen seine 106. Ausschusssitzung ab, der auch der Ehrenvorstand Geheimer Rat Dr. Hähnel auf Rappitz bewohnte. Der Direktor der Landwirtschaftlichen Lehranstalt Bautzen konnte auf eine wichtige Tätigkeit als Geschäftsführer des Kreisvereins zurückblicken und wurde aus diesem Anlaß durch Glückwunsch und Baumenspende geehrt. Die anschließenden Vorstandswahlen wurden wieder gewählt. Stallschauen sollen wieder aufgenommen werden und in diesem Sommer in Oberwitz, Bischheim, Obermünnerdorf und Stachau stattfinden. Hofrat Dr. Schöne-Dresden sprach über die Neuorganisation der landwirtschaftlichen Berufsvorsteher in Sachsen. Anfangs Wegfall der bisherigen Staatsunterstützung muß der Landeskulturbund für die Finanzierung der Landwirtschaftlichen Kreisvereine sorgen, wie es seit dem 1. April finanziell der landwirtschaftlichen Kreisvereine ist. Dadurch sind die finanziellen Anforderungen, die bisher etwa hunderttausend Mark betrugen, auf 840000 Mark gestiegen. Major Grob aus Görlitz berichtete über ein neues Erzeugnissverzeichnis. In Bautzen ist eine zweite landwirtschaftliche Schule des Kreisvereins errichtet worden.

Bautzen: Bei dem am 10. April vorm. 10.45 Uhr in der wunderschönen Kirche in Bautzen stattfindenden Gottesdienste wird auf die Kreismalwaise für die im Weltkriege gefallenen Helden unteres alten Infanterie-Regiments 108, welche an diesem Tage vorgenommen wird, Bezug genommen werden. Die älteren blieben, um überhaupt untere katholischen Volksgenossen seien hieran besonders hinzuwiesen.

Oberneukirch: Das Getreideselager des Gründungsvereins wurde durch Brandstiftung vollständig zerstört. **Rottau:** Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Rottau hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Einführung der Landwirtschaftlichen Kreisvereine beschäftigt.

Bautzen: Bei dem am 10. April vorm. 10.45 Uhr in der wunderschönen Kirche in Bautzen stattfindenden Gottesdienste wird auf die Kreismalwaise für die im Weltkriege gefallenen Helden unteres alten Infanterie-Regiments 108, welche an diesem Tage vorgenommen wird, Bezug genommen werden. Die älteren blieben, um überhaupt untere katholischen Volksgenossen seien hieran besonders hinzuwiesen.

Oberneukirch: Das Getreideselager des Gründungsvereins wurde durch Brandstiftung vollständig zerstört.

Rottau: Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Rottau hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Einführung der Landwirtschaftlichen Kreisvereine beschäftigt. Da die Neuorganisation nicht alle Personen gleichmäßig heranträgt, wurde die Amtshauptmannschaft ernsthaft, im Einvernehmen mit dem Gemeinderat von Rottau einen entsprechend abgeänderten Nachtrag auszuarbeiten. In derselben Sitzung wurde in der Gemeinde Großschönau die Einführung einer Steuer für Musikkästen genehmigt. Steuerfrei allein bleibende Instrumente, die direkt zum Gewerbe dienen oder zur Weiterveräußerung bereit gehalten werden.

Aus Dresden

*** Quäkerfeierlung.** Die Feierlung der Jugendlichen (16–18 Jahre) beginnt am 18. April 1921 und erfolgt abends 8 Uhr. Diejenigen, die sich hierzu gemeldet haben, können die Speisefächer unter Vorlegung der erhaltenen Quittung über den bezahlten Betrag am 8. April von 8 Uhr vormittags – 8 Uhr nachmittags und am 9. April von 8 Uhr vormittags – 2 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle des Ortsausschusses für die Quäkerfeierlung.

*** Die Geschäftsführer des Leihamtes** sind wieder an jedem Tage der Woche für den vollen Betrieb geöffnet. In der Leihamtsgeschäftsstelle in Dresden-Neustadt werden am 5., 7., 9. und 12. April 1921 vormittags von 10 Uhr an Pfänder versteigert, welche an den betreffenden Tagen von früh 8 Uhr ab im Versteigerungssaal Hauptstraße 3, 1. Stock, zur Ansicht ausliegen.

*** Bei den Gewerbegebietswahlen** wurden insgesamt 19498 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die sozialdemokratische Liste 19091 und auf die Liste der Christlich-Demokratischen 407 Stimmen. Das Gewerbegebot legt sich somit aus 98 Sozialdemokraten und 2 Christlich-Demokraten zusammen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Sachsen: Das Freundschaftsbündnis veranstaltet am Dienstag abend 7.30 Uhr einen Volksliederaudien. Auch mit Rücksicht auf eine Verschiebung der Missionsspredigten des Vaters Epiphanius ist vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erünscht.

Dresden-Johannstadt: Herz-Jesu-Konferenz des Bingeniusvereins. Am Mittwoch, den 8. April, abends 8 Uhr Sitzung im Kinderheim, Wittenberger Straße 88.

Dresden: Am Mittwoch den 6. April, abends 8 Uhr, wird Herr Direktor Stadtverordneter Ludwig Engels mit den zweiten seiner angefochtenen geschichtlich-apologistischen Vorträgen im großen Saale des Gesellenhauses halten. Die Liste um Besuch dieser Reihe sei wiederholt, obgleich bereits die erste Vortrag am 30. März eine zahlreiche Zuhörerschaft den überaus spannenden Worten mit größter Aufmerksamkeit folgte. Die Aufführungen des Vortragenden über die vorreformatorische Zeit glichen einem Kolossalgemälde, in das der Vortragende die Szenen in strengster Objektivität, mit Vermeidung aller Schönfärberei auch der betrübtesten Seiten der katholischen Kirche aufführte und die den Worten des protestantischen Geschichtsschreibers Gregorius, daß eine Kirche, die solch schwere Sünden zu überwinden verstecke, ohne Schaden für Ansehen und Größe, nicht Menschen sein könne, recht gaben. Möge der zweite Vortrag als Fortsetzung und Weiterführung des ersten der zahlreichsten Hörerschaftlich erfreuen.

• Böhlauerbund Sachsen des Deutschen Vereins vom Heiligen Land: Am 17. März hat in Leipzig die Generalversammlung des Böhlauerbundes, die erste wieder nach dem Krieg, stattgefunden. Es wurde beschlossen, wo nun wieder geordnetere Verhältnisse bestehen, eine rege Propaganda für die Freude des Vereins ins Werk zu setzen; es soll zur Bildung von neuen Ortsgruppen aufgerufen werden – gutzeitlich bestehen solche nur in Leipzig, Wurzen, Schleizwald und Königshain –, es soll überall zum Eintritt in den Verein aufgerufen werden, in Leipzig soll am 18. September eine große Werbeversammlung stattfinden, und endlich soll für den diesjährigen Katholikentag in Bautzen eine Resolution vorbereitet werden, die die Ziele des Vereins den weitesten Kreisen bekannt gibt und den Eintritt allen empfiehlt. Eine Geschäftsstelle besteht in Leipzig unter der Adresse des 2. Vorsitzenden, Thomaskirche 2, 8. – Aus dem Bericht des Schatzmeisters geht hervor, daß trotz der schweren Zeiten in den letzten fünf Jahren doch rund 8000 Mr.

Nicht einmal 1 Mark pro Woche

kostet durchschnittlich die „Sächsische Volkszeitung“. Und doch gibt es leider noch viele Familien, wo dieselbe noch keinen Eingang gefunden hat. Die Not der Zeit aber fordert gebieterisch, daß die „Sächsische Volkszeitung“ in weiterer Verbreitung finde. Die Leser sollten durch Empfehlung in ihren Freundeskreisen dahin wirken, neue Besteller zu gewinnen, zumal die Gegenwart darüber sehr ergebnisreich und die „Sächsische Volkszeitung“ wie keine andere Zeitung läuft für unsere Ideen und Eintritt für die Wahrung unserer heiligsten Güter.

Auch durch den sofortigen Beitritt zum Presseverein für Sachsen, die die katholischen Interessen so energisch vertretet, immer mehr Kraft und Leben erhält, ja, es ist Ehrenpflicht eines jeden Katholiken, diese Zeitung zu unterstützen und verbreiten zu helfen. Wer also noch nicht Abonnent der „Sächsische Volkszeitung“ ist, melde sich noch heute mit Namen und Adresse bei der Saxonie-Druckerei, Holzmarktstraße 46, an, die Zeitung geht ihm dann sofort zu. Der Beitritt zum Presseverein kann ebenfalls dort gemeldet werden, ferne nehmen Meldungen einzugeben des Kassierers des Pressevereins, Kaplan v. Oer, Schloßstraße 92, 8, und Barbarastraße 18, Dresden-R., Weinstraße 18, im Cäciliehofskeller.

Keine Familie ohne „Sächsische Volkszeitung“! Jeder nach Kräften unterstützen die „Sächsische Volkszeitung“ und den Presseverein!

a) Mitgliedsbeiträgen eingegangen und an die Zentrale nach Nürnberg abgeliefert worden sind. – Bei den Vorstandswahlen wurden die bisherigen Mitglieder, nämlich Herr Graf v. Schönburg-Glauchau, Vorstandesvorsitzender Hofrat Ulrich v. Hahn, stellvertretende Vorsitzende, Kaplan Ewald-Glauchau, Schatzmeister, wieder gewählt.

Schönwalde. Auf quadratische Tage der Missionssvereinigung blieb jetzt unsere Kirchengemeinde zurück. Waren vorheriges Jahr der Volksmission ein voller Erfolg beschieden, so erzielt recht der Missionssvereinung! Obwohl die Missionserneuerung diesmal 14 Tage andauerte und Frauen und Männer eine besondere Woche hatten, um jeder Überfüllung des Gotteshauses vorzubeugen, so war doch der Erfolg im Predigen und im Empfang der bl. Kommunion fast ein unverändert reger. Vor allem ist die Beteiligung der Männer und Junglinge über jedes Lob erhaben, auch sie kamen in der zweiten Woche ebenso eifrig und fast lädelos wie die Frauen und Mädchen. Es hat jedesmal einen eigentümlich erbauenden Einfluß, nur Männer in großer Zahl und Andacht im Gottesdienst versammelt zu sehen. Innerhalb waren die beiden Missionare Schilling und Erdmann auf der Kanzel und im Altarblatt tätig. 2012 Leute wurden abgelegt und gegen 1000 hl. Kommunionen gespendet. Am Anfang stand, daß unsere Kirchengemeinde nur knapp 4000 Seelen zählt, sprechen diese Zahlen deutlich für den vollen Erfolg dieser segensreichen Veranstaltung! Möchte all das Gute, das in diesen Tagen angetragen und gefeiert worden ist, dazu beitragen, den guten christlichen Glaubensgeist in unserer Gemeinde auch für weitere Zukunft zu erhalten und zu fördern.

Parteinachrichten

Leipzig. Morgen Dienstag, den 5. April, abends pünktlich 7.30 Uhr wird im evangelischen Vereinshaus vom Windthorstbunde (Jung-Zentrum) Leipzig ein Vortragsabend abgehalten werden. Der für den Abend gewonnene Redner, Herr Hermann Engelhardt-Schäffler, der wegen seines Bekennens zum Deutschland aus Elsass-Lothringen flüchten mußte, wird an Hand von fast 100 Bildern und Deutsches Land, das uns der gütige Franzose raubte, im Falle zeigen, wie ungern eingeladen.

Dresden-Johannstadt: Die Christliche Volkspartei – Zentrum – Dresden-Johannstadt, hatte Freitag den 1. April zu einer Versammlung der Kommunalräte eingeladen. Als Redner für den Abend war Herr Dr. Friedemann gewonnen. Er behandelte das Thema Verfaulles und die deutsche Wirtschaft. An seinem ausgeschilderten, gemeinschaftlichen und ausführlichen Vortrag führte er seiner Audienz die Folgen dieses „Instrumentes des Friedens“ für alle Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen. Neben Versammlungsteilnehmern wurde es klar, mit welcher rostigen Weise und fahlen Berechnungen unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Leben zerstören wollen und daß die unsinnigen Forderungen der Entente einen Grabmesser für die Wiedergabe der Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen stellen. Ein Versammlungsteilnehmer wurde es klar, mit welcher rostigen Weise und fahlen Berechnungen unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Leben zerstören wollen und daß die unsinnigen Forderungen der Entente einen Grabmesser für die Wiedergabe der Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen stellen. Ein Versammlungsteilnehmer wurde es klar, mit welcher rostigen Weise und fahlen Berechnungen unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Leben zerstören wollen und daß die unsinnigen Forderungen der Entente einen Grabmesser für die Wiedergabe der Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen stellen. Ein Versammlungsteilnehmer wurde es klar, mit welcher rostigen Weise und fahlen Berechnungen unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Leben zerstören wollen und daß die unsinnigen Forderungen der Entente einen Grabmesser für die Wiedergabe der Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen stellen. Ein Versammlungsteilnehmer wurde es klar, mit welcher rostigen Weise und fahlen Berechnungen unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Leben zerstören wollen und daß die unsinnigen Forderungen der Entente einen Grabmesser für die Wiedergabe der Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen stellen. Ein Versammlungsteilnehmer wurde es klar, mit welcher rostigen Weise und fahlen Berechnungen unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Leben zerstören wollen und daß die unsinnigen Forderungen der Entente einen Grabmesser für die Wiedergabe der Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens vor Augen stellen. Ein Versammlungsteilnehmer wurde es klar, mit welcher rostigen Weise und fahlen Berechnungen unsere Feinde den deutschen Handel, Industrie und Landwirtschaft in ihrem inneren Leben zerstören wollen und daß die unsinnigen Forderungen der Entente einen Grabmesser für die

stellen sich dar als eine wohlgeordnete Reihe einfacher geistlicher Verträge, ähnlich wie bei den Volksmissionen, die meist auf das Muster der Exerzitien zurückgehen, von Lesungen und Gebeten verbunden mit dem Empfang der hl. Sakramente. Die Teilnehmer haben keine Blöcke weiter, als innerlich während voller drei Tage kleinen Anteil daran zu nehmen, äußerlich aber ein förmliches gebürtiges Stillschweigen zu beobachten, daß nur in Notlagenkeiten, die sich auf die Exerzitien selbst beziehen, unterbrochen werden darf. Wer so getreulich guten Willens die Exerzitien zu Ende führt, wird am Schluß freudigen Herzengeschenken, daß der Herr Vater, der sie leitete, bei ihrem Beginn nicht zu viel versprach, es werde sich zum Schlusse ein schönes Glückserfüllt zeigen, wie es nur auf dieser Welt möglich ist. Die Exerzitien sind zudem für alle, die sie in rechter Meinung machen, mit einem vollkommenen Abloß gesegnet.

Früher haben wir in Sachsen weite Reisen zum Rhein, nach Schlesien oder Bauden machen müssen, wenn wir diese ernste, heilsame und tiefdrückende Schulung uns gönnen wollten. Jetzt haben wir seit Herbst vorjähriger Jahres dank dem Eifer unserer Berliner Glaubensbrüder in den Mietshäusern der Stadt ein stattliches, vortrefflich von Franziskanern bewirtschaftetes Erholungsheim, das von Grund auf zu diesem Zwecke neu gebaut in angenehmer Umgebung, weitaus vom Großstädtlerei mit eigenen Park und Gartenland sowie billiger Pension auch für die kirchliche Erfreilichung alles günstige bietet. Einem besonderen Zugang hat das Haus in Biedendorf dadurch, daß man hier die Exerzitien von einem Mitglied der Gesellschaft Jesu empfängt, der Gott ja durch den heiligen Ignatius die Gnadengabe der Exerzitien in besonderer Weise geschenkt hat. Es ist ein edler Jünger Jesu, der nur durch die schlichte, innige und fernige Art einer ungestrichenen Verehrsamkeit Wahrheit, Weisheit und Liebe aus dem göttlichen Herzen in das Herz der Hörer zu vermitteln versteht. Jetzt in der österlichen Zeit oder später ist besonders Gelegenheit, die Exerzitien mitzunehmen. Wer sie einmal gemacht hat, der wird diese verborgne starke Quelle des Künftig wieder und wieder suchen. Die Exerzitienordnung

von Biedendorf wird häufig regelmäßig in unserer „Sächsischen Volkszeitung“ erscheinen, da es für die Diapora Mitteldeutschlands die beste, wenn nicht einzige Gelegenheit bietet.

Exerzitien werden noch abgehalten: Für Priester: vom Abend des 5. April bis zum Morgen des 9. April; für Jungfrauen: vom Abend des 16. April bis zum Morgen des 20. April; für Frauen und Männer: vom Abend des 24. April bis zum Morgen des 28. April.

Die Exerzitien beginnen jedesmal am Abend des erstmals genannten Tages gegen 6.00 Uhr und endigen am leichtgenannten Tage morgens gegen 8 Uhr.

Gründstück ist das Mitbringen von Brotsachen und Seife. Das Exerzitienhaus liegt in Biedendorf-Süd, Fortuna-Allee 31-37, Bahnhofstation Sadowa (Strecke Ettner); von dort eine halbe Stunde entfernt.

Anmeldungen möge man richten an das Erholungsheim in Biedendorf-Süd bei Berlin, Fortuna-Allee 31-37.

ein. Es hatte sich das Gericht verbotet, die Nonnen hätten alle politisch gestimmt. Junge Helfer und Helferinnen machen Bemerkungen über die „Dödöpys“ von Schwestern und man sollte sie mit harten Gemüsen füttern, die seien gut für die u. u. Ja, eine Dame des Vorstages ließ sogar die Worte fallen: Den Schwestern sollte man Rattengift geben. Eine dieser Schwestern stellte betreffende Dame selbst zur Rede und ein Herr erging auch das Wort, um allen, auch den braven Schwestern, zu danken für die Opfer, die sie alle gebracht haben.

Als dann nachts 1 Uhr der Zug die Halle verlassen hatte, wandten wir katholischen Damen uns an einen der Herren Vorstände des Deutschen Schwabbundes, um im Namen der katholischen Schwestern Brotzeit einzulegen gegen solche Verleumdungen und unserer Bewunderung Ausdruck zu geben, doch selbst Damen der gebildeten Stände ihrem Hause gegen brave katholische Ordensfrauen, welche ihr gutes Leben dem Dienste der Menschheit weihen, in so niedriger Weise Ausdruck geben. Wir freuen uns nun um so mehr, recht fleißig und nüchtern unseren katholischen Glaubensgenossen geholfen zu haben, wenn es auch manches Opfer geflossen hat.

Briefkasten

D. S. Man kann Ihnen nur zusimmen, wenn Sie sagen, daß die Kirche helle für manch einen für zu arm, Themen der „Sächsischen Volkszeitung“ zu werden, und mancher andere könnte einem wirklich armen Schlucker ganz gut die Zeitung einmal halten. Das letztere wäre in der Tat auch eine sehr erfreuliche Unterstützung der Aktion des Kath. Presbereins. Tropfend bleibt es aber dabei, daß der Verein unbedingt den Stand seiner Mitglieder vermehren muß.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Köring; für den Inseraten Teil: Peter Graber. Druck und Verlag der „Saxonia-Buchhandlung“ G. m. b. H. zu Dresden.

Hildegard Die glückliche Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen in dankbarer Freude an Lehrer Wendelin Meier u. Frau Berta geb. Müller Chemnitz, Kanzlerstraße 37, am 1. April 1921

Eigentlich: Die hochoriginelle, urkomische Zwerg-Oper **Tymians** Thalia-Anfang Theater 11.8 Uhr „Lohengrin“ — „Tannhäuser“ — „Trubadour“ Alle Parodien von Dir. Winter Tymian Sonntags zwei Vorstellungen: 1/4 und 1/8 Uhr 719

Gastwirtschaft mit Kaffeeschank im Grundstück Kirchplatz Nr. 2 in Bautzen ist anderweit zu verpachten. Bedingungen auf dem katholischen Pfarramte in Bautzen zu erfragen.

Schirgiswalde

Butterausfall.

Die Butterperiode für den Monat April wird auf die Zeit vom 5. bis 15. April festgesetzt.

Bautzen, am 2. April 1921

Rommunalverband Bautzen-Land.
Die Amtshauptmannschaft.

Deutscher Professionist, Mitte
20er, sucht Bekanntschaft zwecks

Heirat

mit soz. Freude oder Witwe. Einiges Vermögen erwünscht. Abschaffliche Offerten, wenn möglich mit Bild, daß zurückgefordert wird, u. d. P. 298 an die Geschäftsstelle d. 29. erbeten. 680

Herrenstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Sportstoffe
Futterstoffe

Billard-, Pult-, Wagen-, Uniformstüche, Manchesterordens,

Altartuche

empfiehlt 402

Hermann Pöschel
Tuchläger
Dresden-A., Scheffelstraße 19
Gegründet 1883



Juwelier
Carl Frötschner

Dresden-A.
Klop-Johann-Brücke
für Schönigkeit

Ab heute Montag

Fabrikreste

im Werte von etwa

1/4 Million Mark

Hemdenstoff-, Wäschestoff-, Rips-, Gardinenstoff- usw. Reste

Residenz Kaufhaus G. m. b. H. & Co.
Dresden-Altstadt

Tagal-Hüte • Bast-Hüte • Litzen-Hüte

Umpressen und Färben schnell und billigst. Große Auswahl, noch billige Preise.

Hutfabrik, Dresden, Pillnitzer Straße 19 nur 19

Als Laienbibel

mit nur deutschem Text und Anmerkungen erschien vor kurzem im Verlag Jos. Kösel & Friedrich Pustet, Verlagsabteilung Regensburg, eine Neuauflage von

Die Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments

Zus der Vulgata mit Rücksichtnahme auf den Grundtext überlegt und mit ausführlichen Anmerkungen erläutert von P. Aug. Wendt S.J. 5 Bde. 80. Geb. Mt. 156. Hier liegt die ganze Heilige Schrift in gut ließender deutscher Übersetzung vor, versehen mit belebenden Einleitungen sowohl über die Heilige Schrift im allgemeinen wie zu jedem einzelnen der heiligen Bücher.

Einfache kinderliebe Stütze
zum 15. April gesucht. Ev. Familienausklu. Angebote mit ausführlichen Angaben über Familienverhältnisse, Gehaltsansprüche u. a. von Frau Ober-Ingenieur Seydel, Grünstadt i. Sa.

Reparaturwerk elektr. Maschinen

Elektrischer Licht- und Kraft-Anlagen. Ingenieurbesuch und Veranschlagung kostenfrei.

Pöschmann & Co., Dresden, Pillnitzer Straße 34.

Fernsprecher 21518 und 21548.

Naumann's die Weltmarken!

Kauf-deutsche Nähmaschinen



Naumann Nähmaschinen

haben sich alleinig glänzend bewährt.

Karl Winkler G. m. b. H.

Hauptniederlage Seidel & Naumann

Dresden-A., Struvestraße 9

König-Johann-Straße 19

Nadeln, Öl und Zubehörteile

Ermäßigte Preise.

Erleicht. Zahlungsbedingungen.

Deutsche Herz-Jesu-Gebete
des 14. und 15. Jahrhunderts aus mittelhochdeutschen und mittelniederdeutschen Handschriften übertragen und zusammenge stellt von Karl Ritschäfer, S. J. 18. Mit. 12.—. Mit einem Blick überhaupt man die alte deutsche Herz-Jesu-Derechung, wie sie jahrehundertlang im ganzen deutschen Sprachgebiet gelebt worden ist. Dieses alte deutsche Herz-Jesu-Wächlein steht in der ganzen inländischen und ausländischen Herz-Jesu-Literatur ohne Seitenstück da. Verlag Jos. Kösel & Friedrich Pustet, Regensburg.

727

* Heute der sogenannte Vater der Vorkommnisse und bei uns eine neue Bildung in 14 November Regierungsbüro für kirchliche Sachen befriedigt, ansonsten Regierungslösungswerein kommt offenbar die volle Regierung auch in den nächsten Jahren nicht zu einer Entscheidung.

Es war zum Ausdruck gebrachte Zustandsberichtung an die Kaiserliche Regierung des Ministerpräsidenten kommt am Tage der Kommunalwahl in den Gemeinden gewählt, sind die gleichen zu wählen, denn weiter können durch die Politik fortsetzt. Statt dieser Regierung werden von dem kommunistischen Partei gewählt, welche demokratischen Führer sind, durch die kommen sind, Wahl des Ministerpräsidenten ist geordneten Zürcher muss über 1920 nach. Die Ereignisse nämlich die Regierung in dem Sinne ist am 9. D.

Wie haben in den letzten Tagen erklärt, hat daraus her, sich aber zu gebrauchen zu können da außer nicht mehr geben demokratische Führer am 2. April auch eingesetzt, die in allen Elementen ist. Flügel der Heiligen Schrift in der Verhältnisse müssen darüber hinaus dürfen Landtagsabgeordneten wissentlich werden, daß